

Thomas Meyer

## Sicherheit statt Gerechtigkeit?

Eine Scheinalternative im Wahljahr



Thomas Meyer

(\* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung* und: *Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de

**G**erechtigkeit als Hauptsache, welch thematischer Missgriff für jeden, der bei der Bundestagswahl im September einen Stich machen will – so war es kürzlich in einem der Leitmedien der Republik zu vernehmen. Es sei doch die verloren gegangene Sicherheit, die eindeutig den Wählern heutzutage am meisten auf den Nägeln brenne, dagegen verblassten die läppischen Verteilungsfragen. Leben wir nicht wieder in einem Zeitalter der Unsicherheit, drastisch verschärft durch den Angriff in der Finanzmarktkrise auf die wenigen verbliebenen Bastionen vermeintlicher Sicherheit, vom Sparbuch bis hin zum brüchigen sozialen Netz? Auf Sicherheit müsse folglich setzen, wer am Wahltag mithalten will. Das alles ist keineswegs abwegig, wenn die Angst vor Arbeitsplatzverlust, die Zukunft der eigenen Kinder und das Einkommen im Alter bis in die Mitte der Gesellschaft vordringt. Der Schluss liegt nahe: Ohne ein glaubhaftes Sicherheitsversprechen ist die Unterstützung der Mehrheit kaum zu gewinnen. Stimmt sie also, die schlichte Schlussfolgerung: Vergesst jetzt die Gerechtigkeitsthemen, sie sind heute eher ein Luxus, kümmert Euch um die Sicherheit, denn sie geht den Leuten ans Eingemachte?

Zunächst stellen sich da ein paar Fragen: Worauf soll sich das neue Sicherheitsversprechen beziehen? Was soll es sichern und wie? Wovon reden wir überhaupt, wenn wir von Sicherheit und Unsicherheit sprechen, und wie verhalten sich beide zur Gerechtigkeit, die doch die Geister und die Wähler im Wahljahr scheiden soll? Und dann, ganz grundsätzlich: Sind denn nicht Freiheit und Unsicherheit Zwillingsschwestern, sodass umfassende soziale Absicherung nichts anderes mit sich bringt als Freiheitsverluste, eine Art tumber Geborgenheit für Unmündige? Liegen nicht der wahren Freiheit Risiko und Unsicherheit stets unvermeidlich zugrunde? Diese Einwände, bedenkenswert wie sie in mancher Hinsicht sind, entpuppen sich freilich bei Licht in dem Augenblick als libertäre Märchen, in dem sie auf die sozialen Grundgüter bezogen werden, ohne die kein selbstbestimmtes Leben möglich ist. Denn jede Entscheidung, die diese aufs Spiel setzt, entzieht der Freiheit ihre elementarsten Grundlagen.

Doch andererseits, im Ungewissen und Unsicheren der modernen Welt müssen wir uns auf riskante Weise jeweils selbst einrichten, und sobald andere das für uns übernehmen, geschweige denn der Staat, ist es mit der Freiheit vorbei. Allerdings ist schon bei diesem Punkt, das lehrt die Erfahrung, und die Forschung hat es belegt, die im letzten stets unsichere Wahl, die Menschen für

sich treffen, meist umso besser erwogen und gelassener, je weniger sie von schmerzdem sozialem Mangel und existenzieller Not getrieben ist. Der politische Fundamentalismus gedeiht überall auf der Welt am besten in der sozialen Verzweiflung. Soziale Sicherheit ist jedenfalls kein Hindernis, sondern eine Voraussetzung persönlicher Autonomie. Und die *Ungesicherheit* der physischen Lebensbedingungen, durch Risiken wie Kriminalität und Krankheit, können, wie jeder weiß, durch gute Politik zwar tatkräftig verringert, aber auch im besten Falle nicht aus der Welt geschaffen werden. Sie bleiben immer Anlass zu Sorge.

Die Bedrohung durch Kriminalität schwindet jedoch, wo entschlossene Vorkehrungen gegen sie getroffen werden; und die Risiken durch Krankheit werden erträglicher, wo die Garantie sofortiger ärztliche Hilfe verlässlich wirkt. Damit sind wir beim Kern der Frage nach dem Verhältnis von Sicherheit und Gerechtigkeit. Die Unsicherheit nämlich, die viele Menschen, inzwischen wohl die meisten heute besorgt, ist vor allem die Furcht vor dem Verlust von Einkommen und Status, Versorgung im Alter und im Krankheitsfall, also vor dem Verlust der materiellen und sozialen Grundgüter eines selbstbestimmten, intakten und geachteten Lebens, des Wichtigsten also, wonach fast jeder strebt. Wodurch sonst aber als durch die Garantie des sicheren Zugangs zu ebendiesen Lebensgütern, besonders auch im Falle von Wirtschaftskrisen oder des eigenen Scheiterns an den unwägbaren Märkten, könnte diese Unsicherheit überwunden werden? Genau darum aber geht es beim Thema Gerechtigkeit zu allererst. Im Übrigen: Auch die Verteilung von Wohlstand und Einkommen kann nicht von den Bedingungen gesellschaftlicher Sicherheit getrennt werden, denn sie ist mitentscheidend dafür, ob ein ausreichender Anteil des gesellschaftlichen Reichtums zur Verfügung steht, um allen den Zugang zu bestmöglicher Bildung und Ausbildung, angemessener gesundheitlicher Versorgung, Arbeit sowie eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichendes Einkommen im Alter und bei Arbeitslosigkeit zu sichern.

**»Soziale Sicherheit ist kein Hindernis, sondern eine Voraussetzung persönlicher Autonomie.«**

Schon wahr, bei den großen Gerechtigkeitsfragen geht es darüber hinaus immer auch um mehr, besonders heute, wo maßlose Managergier (oft ohne Leistung) das wirtschaftliche Gleichgewicht und den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden, während gleichzeitig prekäre Beschäftigung, Armut und die wahnwitzigen Einkommensunterschiede noch wachsen. Natürlich geht es beim Ruf nach Gerechtigkeit auch um das Verhältnis der Einkommen zueinander und um die faire Verteilung der Steuerlast, letzteres wiederum, auch um die durch die Finanzmarktkrise ausgezehrten Ressourcen etwa für Bildung und Infrastruktur, öffentliche soziale Güter überhaupt, zu sanieren. Und: Der Skandal der krasser werdenden Ungleichheit der Einkommen und Vermögen untergräbt schon als solcher unsere Sicherheit so sehr, dass die Frage allmählich lauter gestellt wird: Wann explodiert der überhitzte Kessel?

Der Nerv, der Sicherheit und Gerechtigkeit unlöslich miteinander verbindet, liegt aber tiefer. Denn der einzige Weg, um die Verfügbarkeit der genannten sozialen Grundgüter aus einer widerruflichen »Wohltat« in günstigen Konjunkturen – woran nicht nur die Unternehmerverbände immer wieder erinnern – zu einer von ihnen unabhängigen Garantie zu machen, führt über

ihre Anerkennung als unverfügbare Grundrechte für jeden einzelnen Bürger. Es besteht heute dringender Anlass, an ein historisches Faktum zu erinnern, das fast gänzlich zu verblassen droht: Unsere Demokratie beruht nicht allein auf der Heiligung der Mehrheitsregel, sondern, um keinen Deut weniger, auf Grundrechten und unter ihnen dem verbürgten Anspruch »sozialer Bürgerschaft«. Nur durch auf sie bezogene Grundrechte werden die sozialen Lebensgüter aus einer stets unsicheren Verfügungsmasse wechselnder Regierungen, Marktlagen, Konjunkturen und gesellschaftlicher Machtverhältnisse zu einer gesicherten Lebensgrundlage für jede Bürgerin und jeden Bürger. Allein konkret gefasste Grundrechte, die Parlamente und Regierungen binden, sind in der Lage, das dominant werdende Gefühl sozialer Unsicherheit zu bezwingen. Was das im Einzelnen heißt, sagen uns die Grundrechtspakte der Vereinten Nationen Punkt für Punkt. Und sie sind, woran sich scheinbar niemand mehr erinnert, geltendes Völkerrecht. Einige der wichtigsten sind das Recht auf Arbeit,

**»Erst in der auf Grundrechten basierenden sozialen Bürgerschaft gehen soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ein stabiles, ein verlässliches Bündnis ein.«**

Mindestlohn, angemessenen Lebensunterhalt, kostenfreie Bildung, bestmögliche medizinische Versorgung, gerechten Lohn und gesicherte Teilnahme am kulturellen Leben.

Grundrechte werden treffend als »mittlere Prinzipien der Gerechtigkeit« bezeichnet, weil sie diese greifbar und verbindlich machen. Erst in der auf Grundrechten basierenden sozialen Bürgerschaft gehen soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ein stabiles, ein

verlässliches Bündnis ein, nicht als bloße politische Meinung, sondern als Verfassungsauftrag. Ein handlungsfähiger Staat, der das gewährleisten kann und über die dafür nötigen steuerlichen Grundlagen verfügt, ist daher der zentrale Eckpfeiler im Gebäude der sozialen Demokratie, die das Grundgesetz will – nicht aus Übermut, sondern angesichts der historischen Erfahrung, wohin ihr Fehlen führt. Der universelle Sozialstaat, nicht als Notnagel gegen die blanke Armut, sondern als Gewährleistung gleicher Lebens- und Teilhabechancen, unabhängig vom Marktschicksal, ist die einzige Institution, die zugleich beide soziale Grundgüter garantiert: Die Sicherheit und die Gerechtigkeit. Die soziale Hälfte der Grundrechtspakte der UN nimmt, im Gegensatz zu ihrem liberalen Gegenpart, kaum jemand wirklich Ernst. Das sollte sich rasch ändern. Die sozialen Grundrechte der europäischen Verfassung, des Vertrags von Lissabon, sind, in der großen Krise zumal, aus der Debatte verschwunden, und an die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes, in denen soziale Bedingungen der Garantie des Privateigentums an Produktionsmitteln festgelegt sind, erinnert sich infolge ihres langjährigen Nichtgebrauchs kaum noch jemand – so wenig, dass in Rechtskommentaren mittlerweile ihre Gültigkeit bestritten wird.

Wir müssen uns also aufs Neue erinnern: Sicherheit ohne Gerechtigkeit hat keinen Bestand, denn Gerechtigkeit ist die Grundlage dauerhafter und erfahrener Sicherheit. Wir sollten uns, die Öffentlichkeit und die Politik, wieder daran erinnern: Es ist die ernst genommene soziale Bürgerschaft, die unsere Demokratie nicht nur gerechter, sondern auch sicherer macht. Vielleicht brauchen wir, um das zu erreichen, doch noch die Aufnahme der sozialen Grundrechte in unsere Verfassung. ■